

Der Oberbürgermeister
Plauen, 12.09.2025

Niederschrift über die 8. Sitzung des Verwaltungsausschusses

Sitzung am: Mittwoch, den 11.06.2025
Sitzungsort: Sitzungszimmer 345,

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 19:00 Uhr

Anwesenheit:

Name	Bemerkung
------	-----------

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Steffen Zenner

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Sven Gerbeth
Herr Lars Gruber
Herr Prof. Dr. Lutz Kowalzik
Herr Jörg Schmidt
Herr Tim Schuster
Herr Maik Schwarz
Herr Mathias Weiser

Beratendes Mitglied

Herr Fabrice Franke
Herr Wolfgang Müller
Herr Benjamin Zabel

Abwesenheit:

Name	Bemerkung
------	-----------

Stimmberechtigtes Mitglied

Frau Claudia Hänsel	entschuldigt
Herr Ronny Hering	entschuldigt

Beratendes Mitglied

Herr Uwe Geisler	unentschuldigt
Herr Mario Schreiter	entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung:

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Herr Lars Buchmann	Personalrat	gesamte Sitzung
Frau Paula Pour	Klimaschutzmanagerin	TOP 4.1
Herr Martin Hofmann	Rechnungsprüfungsamt	gesamte Sitzung
Herr Sascha Giller	Justiziar	gesamte Sitzung
Herr Dr. René Schreiter	FBL Sicherheit/Ordnung	gesamte Sitzung
Lars Krämer	Leiter Büro OB	gesamte Sitzung
Frau Carola Blume-Brake	FBL Haupt- und Personalverwaltung	gesamte Sitzung

Tagesordnung:

öffentlicher Teil:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- TOP 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- TOP 1.2 Tagesordnung
- TOP 1.3 Niederschrift über den öffentlichen Teil der 6. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 02.04.2025
- TOP 1.4 Beantwortung von Anfragen
- TOP 1.5 Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 07.05.2025
- TOP 1.6 Informationen des Oberbürgermeisters

- TOP 2 Einwohnerfragestunde

- TOP 3 Information
- TOP 3.1 Einstellung von Auszubildenden, Praktikantinnen/Praktikanten und Anwärtern zum Ausbildungsbeginn 2026
INV-036/2025

- TOP 4 Beschlussfassung
- TOP 4.1 Petition zur Einführung eines E-Scooter-Verleihsystems im Stadtgebiet der Stadt Plauen
BSV-151/2025

- TOP 5 Vorberatung
- TOP 5.1 Satzung zur 13. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Plauen
- Antrag der SPD/Initiative-Plauen-Fraktion, Reg.-Nr. 59-25
BSV-120/2025
- TOP 5.2 Erlass einer Alkoholkonsumverbots-Polizeiverordnung
BSV-164/2025

- TOP 6 Bericht zur inhaltlichen Ausrichtung, Arbeitsweise und Einsatzfähigkeit des Gemeindevollzugsdienstes (GvD) der Stadtverwaltung, die Zusammenarbeit mit anderen Behörden sowie die zukünftige Ausrichtung (Antrag der CDU-Fraktion - Reg.-Nr. 58-25)

- TOP 7 Antrag der CDU-Fraktion - Rahmenbedingungen für die Anwendung von Künstlicher Intelligenz (KI) -, Reg.-Nr. 60-25

- TOP 8 Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Die 8. Sitzung des Verwaltungsausschusses wird von Oberbürgermeister Steffen Zenner, durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet. Gemäß § 39 Absatz 1 SächsGemO weist der Oberbürgermeister, darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Ausschussmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Verwaltungsausschusses werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender Freie Bürgerliste Plauen und Stadtrat Lars Gruber, SPD/Initiative-Fraktion bestimmt.

1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Oberbürgermeister Steffen Zenner, stellt fest, dass die Beschlussfähigkeit des Verwaltungsausschusses mit 8 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern gewährleistet ist.

1.2 Tagesordnung

Folgende Unterlagen wurden zur Ausschusssitzung ausgereicht:

- Antrag der CDU-Fraktion. Reg.-Nr. 65-25
- Antrag der Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, Reg.-Nr. 68-25
- Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der SPD/Initiative-Plauen-Fraktion mit der Reg.-Nr. 59-25 zu TOP 5.1. „Satzung zur 13. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Plauen und zum Antrag der CDU-Fraktion „Rahmenbedingungen für die Anwendung von Künstlicher Intelligenz (KI) mit der Reg.-Nr. 60/25)

Die Tagesordnung des öffentlichen Teils wird mit den ausgereichten Unterlagen angenommen.

1.3 Niederschrift über den öffentlichen Teil der 6. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 02.04.2025

Oberbürgermeister Zenner stellt mit Zustimmung des Verwaltungsausschusses, die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 6. Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 02.04.2025 fest.

1.4 Beantwortung von Anfragen

Es gibt keine offenen Anfragen aus der letzten Sitzung.

1.5 Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 07.05.2025

Oberbürgermeister Zenner informiert, dass der Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung am 07.05.2025 die Höhergruppierung einer Arbeitnehmerin im Geschäftsbereich OB, mit Wirkung vom 01.03.2025, von Entgeltgruppe 10 in Entgeltgruppe 11, auf der Grundlage des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD), beschlossen hat.

1.6 Informationen des Oberbürgermeisters

Keine Informationen

2. Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

3. Information

3.1 Einstellung von Auszubildenden, Praktikantinnen/Praktikanten und Anwärtern zum Ausbildungsbeginn 2026, INV-036/2025

Frau Carola Blume-Brake, FBL Haupt- und Personalverwaltung, führt zur Vorlage aus.

Herr Benjamin Zabel, sachkundiger Einwohner, fragt nach, ob sich die Stadt auch in Schulen präsentiert. Nach seinem Kenntnisstand sind Firmen sehr rege mit der Bewerbung von Ausbildungsplätzen an Schulen.

Frau-Blume-Brake hat davon Kenntnis und versichert, dass alles getan wird, um die Ausbildungsberufe, die durch die Stadt vergeben werden, zu bewerben.

Die Informationsvorlage wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

4. Beschlussfassung

4.1 Petition zur Einführung eines E-Scooter-Verleihsystems im Stadtgebiet der Stadt Plauen BSV-151/2025

Frau Paula Pour, Klimaschutzmanagerin, informiert zur Vorlage.

Für Plauen kann das Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt das E-Scooter-Verleihsystem im Stadtgebiet nicht empfehlen. Plauen ist grundsätzlich als kleinere Stadt für viele Anbieter weniger relevant. Es lag bis jetzt noch keine Anfrage vor. Plauen ist fahrradfreundlich und hat ein gut ausgebautes Nahverkehrsnetz. Durch die Plauener Straßenbahn kann man viele Ziele erreichen. Im Austausch mit anderen Kommunen wird oft gespiegelt, dass die Nutzung der E-Scooter vorwiegend im touristischen Bereich erfolgt. Auch hier wird das Nutzungspotenzial als gering eingeschätzt. E-Scooter werden oft als Unfall- und Störfaktor insbesondere von Fußgängern wahrgenommen, da sie häufig auf Gehwegen fahren oder auch geparkt werden. Dies wirkt sich negativ auf das Stadtbild aus. Auch die personelle Betreuung in der Verwaltung und die Kontrolle in der Verwaltung ist derzeit nicht gegeben.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender BSW-Fraktion, ist der Meinung, dass man offen für das E-Scooter-Verleihsystem sein sollte, wenn es Anfragen gäbe und dies Sinn machen würde.

Stadtrat Mathias Weiser, AfD-Fraktion, fragt an, ob bei dem Geschäftsmodell die Firmen von sich aus eine Genehmigung beantragen müssten und wie die Abrechnung erfolgen würde.

Frau Pour berichtet, dass bis jetzt noch keine Anfragen von Anbietern vorliegen. Bei Anfragen müsste die Sondernutzungssatzung geändert werden, um Genehmigungen zu erteilen.

Stadtrat Lars Gruber, SPD/Initiative-Fraktion, berichtet über gute Beispiele wie die Stadt Hof und die Stadt Zwickau. Dort werden bestimmte Zonen ausgewiesen wo E-Scooter abgestellt werden dürfen und es gibt bestimmte Regeln.

Oberbürgermeister Zenner gibt zu bedenken, dass bei Beschränkungen die Einhaltung der Regeln kontrolliert werden müssten und entsprechendes Personal zusätzlich eingestellt bzw. vorgehalten werden müsste. Sanktionen könnten nur durch die Stadt eingetrieben werden, was auch zusätzliches Personal erfordert.

Beschlussvorschlag 151/2025

Der Verwaltungsausschuss als Petitionsausschuss gem. § 12 Absatz 2 SächsGemO beschließt,

- a) Die Petition anzunehmen und die Stadtverwaltung mit der Umsetzung zu beauftragen.
- b) Die Petition abzulehnen und dem Petenten durch den Oberbürgermeister eine begründete Antwort zu zuleiten.

Abstimmungsergebnis zu a): 0 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

Die Petition wurde mehrheitlich abgelehnt und dem Petenten wird durch den Oberbürgermeister eine begründete Antwort zugeschickt.

5. Vorberatung

5.1 Satzung zur 13. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Plauen - Antrag der SPD/Initiative-Plauen-Fraktion, Reg.-Nr. 59-25 , BSV-120/2025

Herr Sascha Giller, Justiziar, berichtet zur 2. Lesung der 13. Änderungssatzung zur Änderung der Hauptsatzung anhand einer PowerPoint Präsentation.

Er informiert über Anregungen, die in der 1. Lesung entstanden sind und in der 13. Änderungssatzung mit aufgenommen werden sollen.

Er erläutert zu den Themen Ausschussstrukturen, Zuständigkeit für Personalangelegenheiten und Wertfestsetzungen für die Zuständigkeiten im Vergabeausschuss. Weiterhin informiert er über inhaltliche Zuordnung und Anpassung der bestehenden Ausschüsse an die Strukturen.

Stadtrat Lars Gruber, SPD/Initiative-Fraktion, erläutert den gestellten Antrag 59/25 seiner Fraktion. Punkt 3 des Antrages seiner Fraktion zum Gedenktag ist hinfällig, da es dazu eine Satzung gibt. Kritisch sieht die Fraktion, dass der Wirtschaftsförderungsausschuss wegfallen soll. Es wird vorgeschlagen Herrn Oberbürgermeister Zenner als Ausschussleitung festzulegen.

Oberbürgermeister Zenner schlägt vor den Wirtschaftsförderungsausschuss beizubehalten aber Marketing und Tourismus rauslösen und in den Kulturausschuss zu integrieren.

Herr Lars Krämer, Büroleiter OB, bestätigt, dass es kein Problem ist, das der Oberbürgermeister den Wirtschaftsförderungsausschuss leitet. Der Oberbürgermeister ist grundsätzlich für die Leitung zuständig und delegiert an die Beigeordneten.

Stadtrat Jörg Schmidt, CDU-Fraktion, erläutert den Antrag, Reg. Nr. 65-25, der CDU-Fraktion. Das Thema Wirtschaft und Wirtschaftsförderung soll Chefsache werden. Die CDU-Fraktion spricht sich gegen die Zusammenlegung von Ausschüssen aus, weil damit die Sach- und Fachkompetenz leidet. Die Leitung der jeweiligen Sitzungen soll dabei themenbezogen entsprechend des Verwaltungsgliederungsplanes erfolgen. Aus dem Kultur- und Sportausschuss soll der Kultur- und Tourismusausschuss werden und aus dem Bildungs- und Sozialausschuss soll der Bildungs- und Sportausschuss werden.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender Freie Bürgerliste Plauen, erläutert den Antrag, Reg. Nr. 68-25, seiner Fraktion. Alle bisherigen Ausschüsse sollen bestehen bleiben. Auch bei der Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses bei Personalangelegenheiten soll es keine Änderung geben. Die Erhöhung auf 50.000 Euro bei Auftragsvergaben lehnt die Fraktion ab.

Stadtrat Sven Gerbeth, möchte wissen, wie viele Bewerber in den letzten 2 Jahren aufgrund anderer Arbeitgeber, die schneller reagiert haben, ihre Bewerbung zurückgezogen haben.

Frau Blume-Brake, FBL Haupt- und Personalverwaltung, erläutert die Terminkette, um klarzustellen in welchem Zugzwang die Verwaltung ist, um geeignete Bewerber einzustellen.

Auf Anfragen der Ausschussmitglieder zum Unterschied zwischen Projektleiter und Personen mit Leitungsfunktion, informiert sie, dass Personen mit Leitungsfunktion Personen sind, die ein Team aus mindestens zwei Personen führen. Dies sind keine Projektleiter.

Oberbürgermeister Zenner appelliert, dass eine Verkürzung der Zeitkette von großer Bedeutung ist, damit kein Bewerber abspringt.

Herr Benjamin Zabel, sachkundiger Einwohner, wünscht ein vorbildhaftes Verhalten im Umgang mit den Steuergeldern. Er kritisiert die Personaleinstellungen im Landratsamt.

Er wünscht sich von Frau Blume-Brake für seine Fraktion noch einmal eine Darstellung des Bewerberprozesses.

Oberbürgermeister Steffen Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadtrat Mathias Weiser, AfD-Fraktion, hat noch Fragen zu § 18 der Zuständigkeit des Oberbürgermeisters bei der Kreditvergabe und zu § 20.

Herr Giller erläutert, dass Hauptsatzung und Geschäftsordnung die Arbeitsmittel der Räte sind und hier auch die gesetzlich festgelegten Zuständigkeiten aufgenommen werden.

Oberbürgermeister Zenner erläutert die kurze Zeitspanne bei Umschuldung von Krediten und die vorteilhafte und wirtschaftliche Gestaltung in der zukünftigen Hauptsatzung.

Büroleiter Krämer informiert, dass die Bindungsfristen bei der Ausschreibung der Kredite sehr kurz sind und als Eilentscheidung vom Oberbürgermeister getroffen werden. Es soll demzufolge keine Beschränkung der Kreditermächtigung von 1.300.000 Euro in der Hauptsatzung geben, da diese für die Praxis nicht relevant bzw. umsetzbar sind.

Herr Martin Hofmann, Sachbearbeiter des Rechnungsprüfungsamtes, erläutert zu § 18 3.g., dass der zusätzliche Punkt zu den liquiden Mitteln nur zur Klarstellung in die Hauptsatzung mit aufgenommen werden soll. Es handelt sich hierbei eindeutig um ein Geschäft der laufenden Verwaltung. Liquide Mittel sollen sicher und Ertrag bringend angelegt werden.

Oberbürgermeister Zenner stellt seinen Einigungsvorschlag zur Abstimmung.

Der Wirtschaftsförderungsausschuss soll bestehen bleiben aber nur mit Themen der Wirtschaftsförderung. Die Leitung übernimmt der Oberbürgermeister. Die Themen Tourismus- und Stadtmarketing werden dem Kultur- und Tourismusausschuss zugeordnet. Als beschließende Ausschüsse werden laut § 5 gebildet: der Verwaltungsausschuss, der Finanzausschuss, der Wirtschaftsförderungsausschuss, der Stadtbau- und Umweltausschuss, der Vergabeausschuss, der Bildungs- und Sportausschuss und der Kultur- und Tourismusausschuss. Oberbürgermeister Zenner erläutert die Anpassungen im § 8 und § 10, die sich aus den Änderungen der Themen des Wirtschaftsförderungsausschusses ergeben.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender Freie Bürgerliste Plauen, würde den 1. Änderungsantrag (Reg. Nr. 68-25) seiner Fraktion zurücknehmen, wenn der Einigungsvorschlag zum Tragen kommt.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

Die Ausschussmitglieder stimmen mehrheitlich dem Einigungsvorschlag zu.

Oberbürgermeister Zenner stellt den Antrag der BSW-Fraktion, dass nur Einstellungen und Höhergruppierungen von Mitarbeitern mit Leitungsfunktion im Verwaltungsausschuss beraten werden sollen zur Abstimmung. Es werden demzufolge keine Mitarbeiter mit der Entgeltgruppen 10,11,12 im Verwaltungsausschuss vorgestellt, sofern sie keine Leitungsfunktion enthalten.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Enthaltungen

Die Ausschussmitglieder stimmen mehrheitlich dem Einigungsvorschlag zu.

Oberbürgermeister Zenner stellt die Erhöhung des Ermessensspielraumes des Oberbürgermeisters von 38.000 Euro auf 50.000 Euro zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

Die Ausschussmitglieder stimmen mehrheitlich dem Einigungsvorschlag zu.

Oberbürgermeister Zenner stellt die Zuständigkeit des Vergabeausschusses, laut Änderungsantrag 3 (Reg. Nr. 68-25) der Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, zur Abstimmung.

Abstimmung: 6 Ja- Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung

Eine Erhöhung auf über 50.000 Euro wird abgelehnt.

Beschlussvorschlag 120/2025

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die als Anlage beigefügte 13. Änderungssatzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Plauen mit den in der heutigen Sitzung des Verwaltungsausschusses beschlossenen Änderungen.

Abstimmung: 4 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 4 Stimmenthaltung

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen der Beschlussvorlage mit den in der heutigen Sitzung geschlossenen Änderungen mehrheitlich zu.

Herr Dr. René Schreiter, FBL Sicherheit und Ordnung, informiert über einen großflächigen Stromausfall, über 6000 Haushalte sind betroffen. Der Stab für außergewöhnliche Ereignisse wird gebildet, die Feuerwehr ist informiert. Nach 2 Stunden besteht die Gefahr das der Notruf nicht mehr funktioniert und Notfallmeldestellen aktiviert werden müssen. Er verlässt die Sitzung, um weitere Vorkehrungen zu treffen und Informationen von den Stadtwerken einzuholen.

5.2 Erlass einer Alkoholkonsumverbots-Polizeiverordnung BSV-164/2025

Oberbürgermeister Zenner informiert, dass die zeitlich befristete Alkoholkonsumverbotsverordnung wieder angepasst und verlängert werden muss. Der Geltungsbereich des Alkoholkonsumverbotes umfasst ca. 32.552 m², dies entspricht etwa 0,03 % des Gemeindegebietes. Die Alkoholverbotszone soll von der Bahnhofsstraße Höhe Hausnummer 11 bis Stresemannstraße, Oberer Steinweg von Höhe Hausnummer 7 – 10 sowie den Klostermarkt ausgeweitet werden. Diese Bereiche sind verhältnismäßig stark mit der Begehung alkoholbedingter Straftaten belastet. Beide Bereiche sind demnach in den Geltungsbereich der neuen Alkoholkonsumverbots-Polizeiverordnung zu integrieren. Die hinzugekommene Fläche erweitern den Geltungsbereich um 22,96 %. Der neue Geltungsbereich des Alkoholkonsumverbotes 2025 entspricht damit 0,039 % des Gemeindegebietes.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender BSW-Fraktion, sieht die Einschränkungen auf die Wochentage positiv. Zu den Stadtfesten gilt die Verordnung nicht. Er gibt zu bedenken, dass der Gemeindliche Vollzugsdienst den Alkoholkonsum schwer feststellen kann.

Oberbürgermeister Zenner möchte durch die Alkoholverbotszone erreichen, dass die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt verbessert wird.

Stadtrat Jörg Schmidt, CDU-Fraktion, erläutert, dass die Zahlen zeigen, dass sich die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt verbessert hat. Auch die Ausweitung der Zone macht Sinn und wird von der CDU-Fraktion als richtige Entscheidung gewertet. Die Verordnung ist präventiv und hat sich gut bewährt.

Oberbürgermeister Zenner informiert, dass es bereits Gespräche mit der Genehmigungsbehörde und Landrat Hennig gab. Hier wurde vollste Unterstützung signalisiert.

Oberbürgermeister Zenner wird sich auch mit der Polizeidirektion in Verbindung setzen und um Unterstützung bitten.

Beschlussvorschlag 164/2025

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die als Anlage beigefügte Alkoholkonsumverbots-Polizeiverordnung 2025.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 0 Stimmenthaltung,

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen der Beschlussvorlage mehrheitlich zu.

6. Bericht zur inhaltlichen Ausrichtung, Arbeitsweise und Einsatzfähigkeit des Gemeindevollzugsdienstes (GvD) der Stadtverwaltung, die Zusammenarbeit mit anderen Behörden sowie die zukünftige Ausrichtung (Antrag der CDU-Fraktion - Reg.-Nr. 58-25)

Stadtrat Jörg Schmidt, CDU-Fraktion, trägt den Antrag seiner Fraktion vor.

Die Fraktion wünscht sich in regelmäßigen Abständen einen aktuellen Bericht zu den Einsätzen.

Frau Blume-Brake, FBL Haupt- und Personalverwaltung berichtet ausführlich zur Neustrukturierung des Gemeindlichen Vollzugsdienstes. 11 Mitarbeiter sind derzeit im gesamten Stadtgebiet im Drei-Schichtmodell unterwegs. 2 Stellen der Dienstgruppenführung sind derzeit nicht besetzt und befinden sich zurzeit in der Ausschreibung. Es besteht eine gute Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung Zwickau. Mitarbeiter des Gemeindlichen Vollzugsdienstes werden gemeinsam geschult. Bei notwendigen Anschaffungen können durch gemeinsame Bestellungen günstigere Preise erzielt werden.

Inhouse-Schulungen zum Thema Recht führt Herr Gabriel durch. Schulungen zur Kommunikation und Funkaustausch finden statt. Der Gemeindliche Vollzugsdienst ist im Funkaustausch mit der Polizei und es besteht auch hier eine gute Zusammenarbeit. Auch der Eigenschutz wird geschult und ist sehr wichtig.

Oberbürgermeister Zenner informiert, dass es in der Plauener Bürgerschaft gutes Feedback zum Gemeindlichen Vollzugsdienst gibt. Ihm ist wichtig, dass die Mitarbeiter gut geschult werden, nach Recht und Gesetz handeln und eine ordentliche Ausstattung für die Mitarbeiter vorhanden ist. Er berichtet über die sehr gute Zusammenarbeit und Vernetzung mit der Polizeidirektion Zwickau.

Herr Dr. Schreiter wird zukünftig Berichtsarbeit leisten und intensiver auf das Thema Gemeindlicher Vollzugsdienst eingehen können.

7. Antrag der CDU-Fraktion - Rahmenbedingungen für die Anwendung von Künstlicher Intelligenz (KI) -, Reg.-Nr. 60-25

Stadtrat Jörg Schmidt, CDU-Fraktion, erläutert den Antrag der CDU zum Thema Künstliche Intelligenz und wünscht eine regelmäßige, mindestens 2 Mal jährliche Berichterstattung im Verwaltungsausschuss. Es soll über Ziele und Ergebnisse des Einsatzes informiert werden. Aufgrund von Personalmangel in der öffentlichen Verwaltung, wird Künstliche Intelligenz zukünftig eine große Rolle spielen.

Frau Carola Blum-Brake, FBL Haupt- und Personalverwaltung erklärt, dass sich die Verwaltung des Antrages annimmt. Sie wird nach der Sommerpause mit der Berichterstattung beginnen.

8. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender BSW-Fraktion, fragt an, ob der Verwaltungsausschuss im August verschoben werden könnte, da der Firmenlauf auch auf den 27. August fällt.

Herr Lars Krämer, Büroleiter des Oberbürgermeisters, sieht keine Bedenken, da der Verwaltungsausschuss seine Sitzungstermine selbst festlegt. Er wird einen geänderten Termin zeitnah mitteilen.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender Freie Bürgerliste Plauen, fragt an, warum die Jahresausstellung "Stillstand, Mut und Aufbruch - Plauen in den 80ern" des Stadtarchivs um ein Jahr verlängert wurde und ob dies aufgrund personeller Engpässe zurückzuführen ist.

Benjamin Zabel, sachkundiger Einwohner, berichtet, dass es vermehrt zu Anfragen in den Fraktionen bezüglich der Bädersituation gekommen ist und auch in der Presse darüber zu lesen war. Er fragt an, ob es personelle Engpässe in den Freibädern Plauens, dem Stadtbad und insbesondere der Sauna gibt oder ob das Personal krankheitsbedingt ausfällt.

Oberbürgermeister Steffen Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung durch den zuständigen Geschäftsbereich zu.

Plauen, den

Plauen, den

Steffen Zenner
Oberbürgermeister

Sven Gerbeth
Stadtrat

Plauen, den 21.07.2025

Plauen, den

Katja Binneweiß
Schriftführerin

Lars Gruber
Stadtrat